



Nr. 60/S. 569 Bonn, den 6. Juni 1978

# Bulletin

## Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates

Am 30. und 31. Mai 1978 in Washington

I.

1.

Der Nordatlantikrat tagte am 30. und 31. Mai 1978 in Washington unter Beteiligung von Staats- und Regierungschefs.

2.

Seit seiner Gründung hat das Bündnis die Sicherheit gewährleistet, die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt verstärkt und den Frieden gefördert. Seine große Lebenskraft gründet sich auf die Tatsache, daß alle Mitgliedsländer eine demokratische Regierungsform besitzen. Die Bündnispartner bleiben davon überzeugt, daß diese Regierungsform das humanste und wirksamste Mittel ist, um die menschliche Gesellschaft so zu gestalten, daß sie den Herausforderungen der modernen Welt gewachsen ist. Sie bekräftigten die zentrale Rolle des Bündnisses als Hüter ihrer kollektiven Sicherheit und erneuerten ihr Versprechen, sich gegenseitig über die gemeinsamen Ziele und Aufgaben des Bündnisses für die kommenden Jahre zu konsultieren.

3.

Die führenden Staatsmänner des Bündnisses stellten fest, daß ihr Treffen einem Jahr intensiver Aktivität, Analyse und Neubewertung folgt, womit sichergestellt werden sollte, daß das Bündnis seinen künftigen Aufgaben gerecht werden kann. Insbesondere haben die Bündnispartner die gemeinsamen Beschlüsse und Initiativen der Londoner Ratstagung vom Mai vergangenen Jahres geprüft und erfolgreich ausgeführt.

4.

Die in London beschlossene Studie der langfristigen Tendenzen im Ost-West-Verhältnis hat bestätigt, daß die beiden sich ergänzenden Ziele des Bündnisses, nämlich die Sicherheit zu wahren und die Entspannungspolitik fortzuführen, unverändert gültig sind. Auf

Grund einer Prüfung der Lage und der voraussichtlichen Entwicklungen in der Sowjetunion und in den übrigen Mitgliedsländern des Warschauer Pakts gelangt die Studie des Rats zu dem Schluß, daß die Mitglieder des Bündnisses ihre Solidarität und Wachsamkeit aufrechterhalten und ihre Verteidigung auf dem Stande halten müssen, den die Offensivkapazität des Warschauer Pakts erfordert, während sie zugleich danach streben, die Entspannung zu fördern. Die Studie hat darüber hinaus bestätigt, daß sich die Beziehungen zwischen den Bündnispartnern und den Ländern des Warschauer Pakts erweitert haben, daß aber weiterhin ernste Spannungsursachen bestehen.

5.

Die führenden Staatsmänner des Bündnisses äußerten ihre Besorgnis darüber, daß die Sowjetunion und einige ihrer Verbündeten in wiederholten Fällen Situationen der Instabilität und regionaler Konflikte im Bereich der Entwicklungsländer ausgenutzt haben. Mißachtung der Unteilbarkeit der Entspannung kann die weitere Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses nur gefährden. Sie betonten jedoch ebenfalls, daß diese Situationen nicht ausschließlich im Ost-West-Zusammenhang gesehen werden sollten, und bekräftigten erneut die Bedeutung, die sie der Förderung friedlicher Regelungen auf dem Verhandlungswege durch die Länder und Regionen selbst beimessen.

6.

Die Bündnispartner erörterten die Entwicklungen bezüglich Berlins und Deutschlands als Ganzem. Sie stellten fest, daß die Lage in und um Berlin seit der

## Inhalt

Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates	569
<i>Bundeskanzler Helmut Schmidt</i> Deutsch-türkischer Beitrag zu Frieden und Sicherheit	573
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	574

Ministertagung vom Dezember 1977 im allgemeinen ohne ernste Störungen geblieben ist, daß jedoch die Schwierigkeiten auf bestimmten bedeutenden Gebieten weiterbestehen. Sie bekräftigten erneut die bekannten Bündnispositionen, insbesondere die Überzeugung, daß die strikte Einhaltung und volle Anwendung aller Bestimmungen des Viermächte-Abkommens vom 3. September 1971 für die Förderung der Entspannung, die Aufrechterhaltung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in ganz Europa wesentlich sind.

7.

Die Bündnispartner bleiben entschlossen, mit der Sowjetunion und den übrigen osteuropäischen Staaten ein möglichst konstruktives und positives Verhältnis anzustreben, das sie für den internationalen Frieden wesentlich erachten. Sie bestätigten erneut ihre Überzeugung, daß engere Kontakte und eine Verständigung weiter gefördert werden sollten, um die Grundlage für eine echte und dauerhafte Entspannung zu verbreitern.

8.

Die Bündnispartner sind nach wie vor davon überzeugt, daß die uneingeschränkte Durchführung der KSZE-Schlußakte für die Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses von wesentlicher Bedeutung ist. Sie begrüßten die gründliche Überprüfung der Durchführung der Schlußakte auf der Folgekonferenz in Belgrad und stellten fest, daß Menschenrechte und humanitäre Fragen als legitime Anliegen der Völkergemeinschaft bestätigt worden sind. Sie erinnerten daran, daß alle Teilnehmerstaaten ihre Entschlossenheit bekräftigt haben, die Schlußakte von Helsinki voll durchzuführen, und ihren Willen erklärt haben, den durch die KSZE eingeleiteten multilateralen Prozeß fortzusetzen. Sie bedauerten jedoch, daß die Belgrader Folgekonferenz kein substanzielleres Ergebnis gebracht hat. Sie betonten die Bedeutung einer besseren Durchführung aller Bestimmungen der Schlußakte, damit bei der Überprüfung der Durchführung auf der Madrider Konferenz im Jahre 1980 erkennbar wird, daß bedeutende Verbesserungen nicht nur in den zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern auch im Leben des einzelnen erreicht worden sind. In dieser Hinsicht betrachteten sie es als unvereinbar mit der Schlußakte und der Entspannungspolitik, daß die Sowjetunion und einige andere osteuropäische Staaten ihren Bürgern das Recht verweigern, sich entsprechend der Bestimmungen der Schlußakte zu verhalten, ohne deswegen Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt zu sein.

9.

Die führenden Staatsmänner des Bündnisses betonten erneut ihre Entschlossenheit, sich nachhaltig für ein wirksameres und ausgewogeneres Weltwirtschaftssystem einzusetzen. Die Regierungen der Bündnispartner haben durch ihre langjährigen Bemühungen

bei der Hilfe an Entwicklungsländer auf die Bedeutung hingewiesen, die sie diesem Ziel beimessen. Sie rufen die Staaten des Warschauer Pakts auf, sich an diesen Maßnahmen in vollem Umfang zu beteiligen.

10.

Die internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft, der Technologie und des Umweltschutzes kann ebenfalls zu einer besseren Welt beitragen. In dieser Hinsicht nahmen die führenden Staatsmänner mit Befriedigung die Ergebnisse des NATO-Wissenschaftsausschusses, der vor kurzem seinen 20. Jahrestag beging, sowie des NATO-Umweltausschusses zur Kenntnis.

11.

Eingedenk der Bestimmungen des Artikels 2 des Nordatlantikvertrages erkennen die führenden Staatsmänner des Bündnisses die große Bedeutung an, die die Sicherung einer gesunden Grundlage für die weitere Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage ihrer Völker hat. Die Fähigkeit einiger Mitglieder des Bündnisses, eine wirksame Verteidigung aufrechtzuerhalten, wird durch Schwierigkeiten bei der Erhaltung eines ausreichenden und stetigen Wirtschaftswachstums beeinträchtigt. Zusätzlich zur Verteidigungshilfe und -zusammenarbeit zwischen Bündnispartnern benötigen diese Länder Wirtschaftshilfe und -zusammenarbeit, um sie in ihren Entwicklungsprogrammen und bei der Verbesserung des Lebensstandards ihrer Völker zu unterstützen. Zu diesem Zweck wurde der Generalsekretär beauftragt, unter Berücksichtigung der derzeit schon bilateral und in anderen internationalen Gremien unternommenen Anstrengungen von Bündnispartnern eine Studie zu erarbeiten und dem Rat zu berichten, wie dieses Problem behandelt werden kann.

12.

Die Bündnispartner nahmen mit Befriedigung das Treffen der Ministerpräsidenten Griechenlands und der Türkei zur Kenntnis. Sie brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß dieser Dialog über bilaterale Fragen zur Lösung der Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen beiden Staaten beitragen wird.

13.

Die Bündnispartner bekräftigten erneut die Bedeutung, die sie der Stärkung des Zusammenhalts und der Solidarität, insbesondere an der Süd-Ost-Flanke, beimessen. Sie brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß die bestehenden Probleme gelöst werden und daß die uneingeschränkte Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern des Bündnisses in allen Aspekten des Verteidigungsbereichs wieder aufgenommen wird.

14.

Nach Erörterung der Lage im Nahen Osten brachten die Staatsmänner des Bündnisses die Hoffnung zum

Ausdruck, daß die Bemühungen um eine umfassende Regelung in diesem Gebiet weitergehen. Sie forderten alle Beteiligten auf, ihre Anstrengungen zur Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens zu verdoppeln.

15.

Die Bemühungen der Bündnispartner, Spannungen zwischen Ost und West abzubauen und Versuche zu entmutigen, militärische Macht für politische Ziele einzusetzen, können nur im Rahmen eines stabilen militärischen Gleichgewichts weiterverfolgt werden. Ein derartiges Gleichgewicht würde gewährleisten, daß sie ihre Entspannungspolitik in Sicherheit und mit Zuversicht fortsetzen können.

16.

Die führenden Staatsmänner des Bündnisses zeigten sich besorgt über die anhaltende Verstärkung der Offensivkapazitäten des Warschauer Pakts. Angesichts dieser Situation haben die verbündeten Staaten trotz sowjetischer Erklärungen, daß diese massiven militärischen Mittel nicht den Zweck verfolgen, ihre Sicherheit zu bedrohen, keine andere Wahl, als auch weiterhin auf zwei sich ergänzenden Wegen vorzugehen: einerseits ihre Verteidigungskraft zu stärken und sich andererseits um die Förderung von Verhandlungen über Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen zu bemühen. Die Bündnispartner werden auch in Zukunft wo immer möglich den zweiten Weg beschreiten. Fortschritte in dieser Richtung hängen jedoch notwendigerweise von einer positiven Haltung seitens der Länder des Warschauer Pakts ab.

17.

Die führenden Staatsmänner des Bündnisses waren sich einig, daß wirksame und verifizierbare Rüstungsbegrenzung, die insbesondere auf die Beseitigung der in Europa im konventionellen Bereich bestehenden Ungleichgewichte gerichtet ist, eine unerläßliche Voraussetzung für eine dauerhafte Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses und für die Festigung des Friedens darstellt.

18.

Die führenden Staatsmänner des Bündnisses befaßten sich mit den Gesprächen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Begrenzung der strategischen Waffen. Sie begrüßten die in den Verhandlungen erzielten Fortschritte und brachten ihre Unterstützung für das Streben der Vereinigten Staaten nach einem Abkommen zum Ausdruck, das den Sicherheitsinteressen und -anliegen des Bündnisses entspricht, das die strategische Stabilität erhöht und die Abschreckung aufrechterhält.

19.

Im Blick auf beiderseitige und ausgewogene Truppenvermindierungen bekräftigten die an den Wiener Ver-

handlungen teilnehmenden Bündnispartner ihr Engagement für diese Verhandlungen, die von ihnen erstmals auf der Ministertagung in Reykjavik vor 10 Jahren vorgeschlagen wurden, sowie ihre Entschlossenheit, sie zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Sie bestätigten ihre Zustimmung zu dem vereinbarten Ziel der Verhandlungen, zu einem stabileren Kräfteverhältnis sowie zur Stärkung von Frieden und Sicherheit in Europa beizutragen. Dieses Ziel würde durch ihren Vorschlag erreicht werden, einen ungefähren Gleichstand der Landstreitkräfte im Gebiet der Reduzierungen in der Form einer übereinstimmenden kollektiven Gesamthöchststärke für den Personalbestand der Landstreitkräfte und der Verminderung der Disparität bei den Kampfpanzern erreicht werden.

Sie lenkten die Aufmerksamkeit auf die bedeutende neue Initiative, die sie am 19. April in die Verhandlungen einführten und bei der sie nun eine ernsthafte und konstruktive Reaktion der Teilnehmerstaaten des Warschauer Pakts erwarten. Diese Bündnispartner sind der Auffassung, daß die Datendiskussion in Wien ein wesentliches Element der Bemühungen um ein befriedigendes Ergebnis ist und daß die Klärung der Datenbasis daher für substantielle Fortschritte in den Verhandlungen entscheidend ist.

Diese Bündnispartner erklärten, daß sie vorschlagen werden, daß zu einem geeigneten Zeitpunkt eine Sitzung der Verhandlungen auf Außenministerebene einberufen werden soll, wenn in den Verhandlungen substantielle Fortschritte erzielt worden sind und es klar ist, daß eine Sitzung auf dieser Ebene einen wirksamen Beitrag zum baldigen Abschluß einer beiderseits befriedigenden Übereinkunft leisten würde.

20.

Die Bündnispartner begrüßten die Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung. Sie brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, sich konstruktiv an ihr zu beteiligen, und äußerten ihre Hoffnung, daß diese wichtige Konferenz zu greifbaren Ergebnissen führt. Die führenden Staatsmänner des Bündnisses waren übereinstimmend der Auffassung, daß die Vernichtungskraft der modernen Waffen, die Gefahr der Verbreitung von Kernwaffen, die Bedürfnisse der Entwicklungsländer und ihrer eigenen Völker die Zusammenarbeit in einem weiten Bereich von Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen zu einer dringenden Aufgabe für alle Länder machen. Fortschritte in dieser Richtung können den Wohlstand in der Welt tatsächlich erhöhen und die notwendige Steigerung der für die Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellten Mittel erleichtern. Die Bündnispartner bekräftigten ihre Entschlossenheit, auf dem Verhandlungswege beharrlich an realistischen und verifizierbaren Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen weiterzuarbeiten, die die Stabilität erhöhen, den Umfang der Streitkräfte vermindern und die Sicherheit fördern. Zu diesem Zweck vereinbarten sie, sich der Bündnismechanismen für

eingehende Konsultationen über Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung noch stärker zu bedienen.

21.

Bis zu dem Zeitpunkt, an dem es sich als möglich erweist, durch realistische und verifizierbare Absprachen über Truppenverminderungen ein befriedigendes militärisches Kräfteverhältnis auf einen niedrigeren Streitkräftestand zu erreichen, werden die Bündnispartner auch weiterhin alle Mittel für die Modernisierung und Stärkung ihrer eigenen Streitkräfte aufbringen, die für die Abschreckung und Verteidigung notwendig sind. Sie werden die Bemühungen um die Erhaltung und Verbesserung der starken industriellen und technischen Kapazität fortsetzen, die für die Verteidigung des Bündnisses als Ganzes wesentlich sind. Die Zuführung neuer und vorhandener Waffengenerationen wird den rationellsten Einsatz der für die Verteidigung verfügbaren Mittel und eine vertiefte Rüstungszusammenarbeit erfordern. In diesem Zusammenhang begrüßten die Bündnispartner die Schritte, die in Ausführung der in London ergriffenen Initiative zur Intensivierung des transatlantischen Dialogs unternommen worden sind. Die Bündnispartner sind davon überzeugt, daß die Schlagkraft ihrer Streitkräfte durch eine verbesserte Interoperabilität, die Standardisierung des Geräts sowie durch Planungsverfahren für Rüstungsgüter erhöht werden kann.

II.

22.

Auf dem Hintergrund der Studie der langfristigen Tendenzen im Ost-West-Verhältnis und anderer Fragen der Sicherheit des Westens prüften die Staatsmänner der an der integrierten Verteidigungsstruktur des Bündnisses beteiligten Länder am 31. Mai einen Bericht über das von ihren Verteidigungsministern ausgearbeitete Langfristige Verteidigungsprogramm, das im Mai 1977 auf der Londoner Gipfelkonferenz in Auftrag gegeben worden war.

23.

Sie nahmen zustimmend zur Kenntnis, daß das Langfristige Verteidigungsprogramm den Schwerpunkt auf eine engere Zusammenarbeit und auf die Notwendigkeit einer längerfristigen koordinierten Verteidigungsplanung der NATO legt. Die Staatsmänner dieser Länder stimmten dem von den Verteidigungsministern genehmigten spezifischen Programmen zu, die der Verbesserung des Bereitschaftsstandes der NATO-Streitkräfte und der Mobilisierung von Reserven, der Stärkung der Luftabwehr der NATO, der Abwehr der Gefahren der elektronischen Kriegsführung, der Verbesserung der Seestreitkräfte der NATO, der Bereitstellung einer besseren logistischen Unterstützung für alle NATO-Streitkräfte sowie der Verbesserung der Führungs- und Verbindungseinrichtungen der NATO dienen. Sie billigten Programme zur Beschleunigung der Zuführung bedeutender Verstärkungen in die vor-

geschobenen Gebiete in Krisenzeiten unter Heranziehung der Zivilluftfahrt sowie der nationalen Infrastruktureinrichtungen zu Lande und zu Wasser. Sie begrüßten insbesondere die Absicht der Vereinigten Staaten, bis 1982 schweres Gerät für drei zusätzliche amerikanische Divisionen im Mittelabschnitt des Alliierten Befehlsbereichs Europa zu stationieren, wobei sie die Notwendigkeit anerkannten, daß die europäischen Bündnispartner die erforderlichen Unterstützungs- und sonstigen Einrichtungen zur Verfügung stellen. Sie nahmen darüber hinaus mit Interesse die laufenden Arbeiten der Nuklearen Planungsgruppe, die auf die notwendige Modernisierung der in Europa stationierten nuklearen Streitkräfte abzielen, zur Kenntnis.

24.

Die führenden Staatsmänner dieser Bündnispartner stellten mit Befriedigung fest, daß fast alle Mitgliedsstaaten ihre Absicht erklärt haben, die finanziellen Verteidigungsplanungen der in der Ministerrichtlinie 1977 geforderten jährlichen realen Steigerung von etwa 3 Prozent anzupassen. Sie betonten die Wichtigkeit, durch ein größeres Maß an Zusammenarbeit und Rationalisierung einen möglichst wirksamen Gegenwert der für die Verteidigung zur Verfügung gestellten oder geplanten Mittel zu erzielen. Sie begrüßten, daß dieses Ziel im Langfristigen Verteidigungsprogramm betont wird.

25.

Sie erklärten ihre Unterstützung für das ihnen von ihren Verteidigungsministern vorgelegte Langfristige Verteidigungsprogramm, das einen erheblichen Beitrag zur Anpassung der Streitkräfte der NATO an die sich verändernden Bedürfnisse der 80er Jahre darstellt. Sie forderten zu energischen Durchführungsmaßnahmen seitens der nationalen Stellen sowie seitens der NATO und der internationalen militärischen Hauptquartiere auf. In diesem Zusammenhang wies die Türkei daraufhin, daß für ihre Beteiligung eine ausreichende Unterstützung durch ihre Bündnispartner sowie die vollständige Beseitigung der bestehenden Beschränkungen bei der Beschaffung von Rüstungsgütern große Bedeutung zukommt.

26.

Bei diesen Beschlüssen stimmten die führenden Staatsmänner dieser Bündnispartner darin überein, daß, solange ausgewogene Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen nicht bestehen, ein ausreichendes Gleichgewicht bei den strategischen und bei den in Europa stationierten nuklearen sowie bei den konventionellen Streitkräften nur durch größere Anstrengungen zur Modernisierung und Stärkung der militärischen Schlagkraft des Bündnisses herbeigeführt werden kann.

Sie betonten, daß die Aufrechterhaltung der Sicherheit unerläßlich ist für die Wahrung der Freiheit und der Rechte des einzelnen sowie für das Wohlergehen ihrer Völker und für die Förderung der Entspannung.